



g-Eckernförde Rendsburg-Eckernförde Rendsburg-Eckernförde Rendsburg-Eckernförde Rendsburg-Eckernförde Rendsburg-Eckernförde Rendsburg-Eckernförde Rendsburg-Eckernförde Rendsburg-Eckernförde Rendsburg-Eckernförde

JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS

33. AUSGABE | 12/2017



Der Stachel

SOZIALISTISCH * FEMINISTISCH * INTERNATIONALISTISCH



SOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS JUSOS





Inhaltsverzeichnis

<p>Unter die Lupe genommen: Das Wahlprogramm der AfD</p> <p>Seite 4</p>	<p>Der Wähler, der Deutsche, der Prozess</p> <p>Seite 8</p>
<p>Freiheit und Leben kann man uns nehmen – die Ehre nicht!</p> <p>Seite 10</p>	<p>Götz-Filmtipp: Lobbyismus – eine unterhaltsame Annäherung</p> <p>Seite 12</p>
<p>Political Movies reviewed: Wag the Dog - Wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt</p> <p>Seite 12</p>	<p>Rätselseiten</p> <p>Seite 14</p>
<p>Was ist Populismus?</p> <p>Seite 16</p>	<p>Wer sind die Jusos und was machen die so?</p> <p>Seite 19</p>

Liebe Leserinnen und Leser,

Wer in seiner Schulzeit, den mittlerweile etwas verstaubten Brauch pflegte, ein Poesie-Album sein Eigen zu nennen, wird mit großer Wahrscheinlichkeit auf irgendeiner Seite jenes Hermann Hesse Zitat finden, das mit beinahe pathologischem Zwang von jedem Schreiberling herausgekrant wird, sobald es den Beginn von sonstnochwas zu beschreiben gilt. Dieser literarischen Seuche will auch ich mich unterwerfen:

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“
Wollte man dieser Behauptung Glauben schenken und sie auf den Anfang der 19. Legislaturperiode des deutschen Bundestags beziehen, liegt der Verdacht nahe, dass es sich bei diesem Zauber um schwarze (oder wollen wir an dieser Stelle dem politischen Farbenspiel entsprechen und sie „braun“ nennen?) Magie handelt.

Bereits das Wahlergebnis, das – um es mit der euphemistischen Ausdrucksweise Deutschlands berühmtesten Schwarz/Weißmodels zu sagen – derart viele Dornige Chancen erschuf, dass jeder Fabrikant von Verbandsmaterial jubelnd Luftsprünge vollführen dürfte, beim Gedanken an all die Kratzwunden, die es zukünftig zu versorgen gelten wird, erweckt

ein wenig den Eindruck, als habe ein von Gauland und Weidel engagierter Voodoo-Priester seine Finger im Spiel. Doch so einfach ist es leider nicht.

Die traurige Wahrheit besteht wohl darin, dass unsere Gesellschaft ein wenig nach rechts gerückt, unser Land ein wenig kälter geworden ist. Das alles in einer Zeit, da die deutsche Wirtschaft Rekord-Umsätze generiert und die konservativen Kräfte nicht müde werden zu betonen, wie gut es uns gehe.

Doch wohin auch immer Deutschland in den kommenden Jahren steuern, wie erbarmungslos auch immer der Eissturm in unseren Straßen toben wird, auf eines wird Verlass sein: Wir Jusos werden an der Front stehen und kämpfen für jene Ideale, die es nun so entschieden zu verteidigen gilt, wie seit Jahrzehnten nicht mehr:

Freiheit-Gerechtigkeit-Solidarität

Euer Stachel-Team





Unter die Lupe genommen: Das Wahlprogramm der AfD

Die Bundestagswahl war schockierend. Für die SPD in doppelter Hinsicht, aber ein Fakt trifft große Teile der Bevölkerung: 13% für die AfD. Die Partei wird drittstärkste Kraft. Die Partei, die vor der Wahl als Rechtsextrem bezeichnet wurde, hat sich trotz dieser Stigmatisierung durchgesetzt. Das Ergebnis zeigt, dass es nicht mehr reicht, die Partei als Nazi Partei zu bezeichnen. Der Großteil der Wähler*innen wählt die Partei aus Protest und speist die Skepsis gegenüber den länger etablierten Parteien vor allem aus diesen verzweifelt wirkenden Behauptungen.

Es ist Zeit die AfD inhaltlich zu stellen. Das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl offenbart das Wesen der Partei.

Im ersten Kapitel des AfD Wahlprogramms „Verteidigung der Demokratie“ geht es im Wesentlichen darum, dass zahlreiche Rechtsbrüche begangen wurden, die wieder zurückgenommen werden müssten, dass sich wieder auf die Nationalstaatlichkeit zurückbesinnt werden müsse und, dass Politiker*innen bewusst verantwortungslos handeln und schlecht arbeiten würden, was ebenfalls angegangen werden müsse.

Die AfD möchte die Rechtsstaatlichkeit, die scheinbar verloren gegangen ist, wiederherstellen. Ein Rechtsbruch, den es zu korrigieren gäbe, sind die rechtswidrigen Verträge der Europäischen Union, die Deutschland die staatliche Souveränität entziehen würden. Die nationale Souveränität ist für die AfD das Herzstück der

Demokratie. Mach eine*r würde diese Bezeichnung wohl eher einem Parlament zuschreiben, dessen Geltungsbereich zunächst unbestimmt und somit auch über Staatsgrenzen hinaus möglich ist (Europäisches Parlament).

Die AfD lehnt einen kontinentalen Staat, zu welchem sich die EU entwickeln würde, ab und begründet dies damit, dass es kein europäisches Volk gäbe, sondern lediglich nationale Völker, die jahrhundertelange Geschichten hätten.

Ein deutsches nationales Bewusstsein ist am Anfang des 19. Jahrhunderts im Zuge der Befreiungskriege gegen Napoleon entstanden. Die jahrhundertelange Geschichte ist also höchstens 200 Jahre alt. Ein europäisches Bewusstsein ist fast genauso alt. So wurde bereits 1848 von einem freien, vereinten und demokratischen Deutschland in der friedlichen Vereinigung einer „europäischen Staatenfamilie“ gesprochen, als der erste Versuch unternommen wurde, einen deutschen Nationalstaat zu gründen. Das europäische Bewusstsein ist also älter als die deutsche Nationalstaatlichkeit.

Die EU soll sich nach Meinung der AfD zurück zu einer Organisation souveräner Staaten entwickeln, da der aktuelle Staatenverbund zu weitgehend sei. Geschieht dies nicht, soll Deutschland die EU verlassen.

Der Fahrplan der AfD ist also klar: Die Rückbesinnung auf die nationale Souve-



ränität, koste es, was es wolle. Die damit verbundenen Nachteile sind vielfältig. So ist der Verzicht auf alle Grundfreiheiten der EU wohl der tiefste Einschnitt in das Leben aller. Die Reisefreiheit wird es nicht mehr geben, die Möglichkeit in anderen Ländern zu arbeiten und zu leben wird ebenfalls erschwert. Die deutsche Wirtschaft wird wohl in eine Krise stürzen, wenn der freie Warenverkehr nicht mehr existiert und auch der Kapitalfluss nicht mehr frei ist. Langfristig ist die Rolle Deutschlands in der globalisierten Weltwirtschaft fraglich. Die Rolle einer europäischen Wirtschaft wäre dagegen eine bedeutende, die auch die Möglichkeit hätte, weltweite Mindeststandards zu setzen. So entzieht sich die AfD mit ihrem europafeindlichen Kurs auch jedweder Verantwortung für globale Ausbeutungs-

verhältnisse und blendet auch die nationalen Auswirkungen vollkommen aus.

Im Wahlprogramm wird nicht nur die Rechtsstaatlichkeit Deutschlands angezweifelt, auch der Einfluss des Volkes auf die Politik, also im Endeffekt die Demokratie, wird in Frage gestellt. Politische Entscheidungen werden nach Meinung der AfD in Deutschland durch eine politische Oligarchie getroffen. Die AfD zweifelt das Konzept der repräsentativen Demokratie an und befürwortet stattdessen die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild, auch, weil sie Politikern grundsätzlich schlechte Arbeit und bewusst falsches Entscheiden unterstellt.

Zukünftig soll die Bevölkerung nach Vorstellung der AfD weitreichende Möglich-





keiten belommen, Einfluss auf Gesetze auszuüben.

Die Idee der direkten Demokratie klingt zunächst einmal sehr gut und demokratisch. Die Realität sieht aber anders aus: Wenn die Bevölkerung Entscheidungen trifft, so ist es für sie nicht nötig die Konsequenzen zu bedenken. Kosten oder andere Nachteile spielen zunächst für viele Entscheidende keine Rolle und sorgen erst später und dann auch nur indirekt für Nachteile, die nicht gewünscht sind. Abgeordnete treffen solche Entscheidungen hauptberuflich und haben dadurch mehr Zeit, um Dinge abzuwägen und einen besseren Zugang zu notwendigen Informationen. Die Diskussionen in Parlament und Ausschüssen führen zu einem Ergebnis. In der direkten Demokratie wird diese Leistung nicht verlangt, sie ist für viele auch gar nicht leistbar, da der Aufwand enorm ist.

Dadurch hat sich in der Schweiz die Tendenz entwickelt, dass Entscheidungen durch diejenigen, die das meiste Geld haben, getroffen werden. Sie haben Geld für Werbung und nehmen so Einfluss. Menschen mit geringem Bildungsstand fühlen sich außerdem oft von den Entscheidungen überfordert und stimmen nicht mit ab.

Die Frage, wie demokratisch die direkte Demokratie ist, muss also kritisch betrachtet werden. Sie hilft selten denjenigen, denen die AfD vermeintlich helfen möchte. Das dabei gezeichnete Bild der Abgeordneten ist dazu negativ und falsch.

Ein interessanter Ansatz dazu ist, dass die AfD die Mitarbeiterpauschale von 20.000€ für Abgeordnete für überzo-

gen hält, da die angestellten Mitarbeiter keine wissenschaftliche Arbeit leisteten, sondern zu Parteisoldaten ausgebildet würden. Spannend wird also sein, was die AfD Abgeordneten mit dieser Pauschale machen werden, da der Bedarf an wissenschaftlicher Arbeit ja nicht so hoch zu sein scheint.

Die AfD möchte außerdem den Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen. So sollen Politiker*innen (damit auch Ehrenamtliche) dafür belangt werden können, wenn Gelder „verschwendet“ werden. Als Beispiel werden übermäßige Summen für Bauprojekte genannt. Politiker*innen sollen zukünftig also dafür haften, wenn Planer*innen eine zu niedrig kalkulierte Summe für ein Bauprojekt kalkulieren.

Auch wenn es zweifelsfrei zu kritisieren ist, dass Projekte, wie die Elphilharmonie das 10-fache des ursprünglich kalkulierten Preises kosten, so wäre es fatal, Politiker*innen dafür strafrechtlich zu verfolgen. Die Folge wäre ein noch größerer Mangel an kommunalen Mandatsträger*innen, sowie eine restriktive Investitionspolitik, da Bauprojekte nur zögerlich gestartet werden.

Zuletzt gehört für die AfD die Ablehnung der Quotenregelung in das Kapitel „Verteidigung der Demokratie“. Dies wird mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes begründet. Die ignoriert dabei die patriarchalen Strukturen, die es in unserer Gesellschaft gibt. Frauen werden immer noch diskriminiert. Die Quote ist ein Instrument, das helfen soll, dieses Ungleichgewicht zu beheben. Die Resultate sind gut. Die AfD Fraktion hat einen Frauenanteil von 11%. Bei einem

Frauenanteil von 17% in der Partei ist dies zwar wenig verwunderlich, jedoch sollte die AfD sich fragen, ob ihre Politik wirklich die Gleichheit der Geschlechter befördert. Das Interesse von Frauen ist jedenfalls überschaubar.

Die Forderungen der AfD sind populistisch. Das Image der Partei wird durch sie selbst reproduziert. Das ist gewollt und funktioniert. Das Programm enthält falsche Analysen und Forderungen, die nicht mehrheitsfähig wären. Die Auswir-

kungen dieser Entscheidungen werden grundsätzlich nicht zu Ende gedacht und sind somit auch gefährlich.

Es hat sich gezeigt, dass es der Brisanz des Wahlprogramms nicht gerecht werden würde, wenn man es in nur einem Artikel zusammenfassen würde. Die bisher erläuterten Punkte enthielten lediglich das erste Kapitel des Programms. Es fehlen noch 10.

Von **Lennart Wulf**

Stachel-Ausgaben verpasst?



Das Archiv von DER STACHEL gibt es auf: www.jusos-rd-eck.org



Deutschland hat gewählt. Wieder einmal. Der 19. Bundestag der Bundesrepublik steht und der Deutsche, so überraschend und unverständlich seine Wahl zum Teil erscheinen mag, ist sich zumindest in einer Maxime treu geblieben....

Ein weitverbreiteter Irrglaube, der sich immer wieder in Politikerinterviews einschleicht, wenn der ambitionierte, investigative Journalist meint die Zusammensetzung von Parlamenten bezüglich Alter, Geschlecht oder Berufen thematisieren zu müssen, besteht darin zu behaupten, dass der Bundestag die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung darstellen sollte. Das ist nicht richtig.

Er ist die gewählte Vertretung des deutschen Volkes, was einen erheblichen Unterschied darstellt.

Gewiss, der Gedanke liegt nah, dass der mündige Bürger jemanden als seinen Vertreter auswählt, von dem er ausgehen kann, dass er die Situation von ihm

kennt, dass er einer ähnlichen Lebensrealität entspringt, ähnliche Probleme und Sorgen durchleben musste und dessen Ideen und Wünsche an die Politik den eigenen einigermaßen gleichen und der deshalb Interessen vertritt, die der Bürger teilt. Der deutsche Wähler jedoch, ist von diesem Gedanken offensichtlich nicht allzu angetan.

An dieser Stelle möchten wir uns gar nicht näher mit der ebenfalls durchaus interessanten Frage beschäftigen, welche Gründe nun dem Phänomen zugrunde liegen, dass der deutsche Wähler jenen Kandidaten, die ihnen auch nur ansatzweise ähneln, so wenig Vertrauen entgegenbringt. Unsere Aufmerksamkeit soll einer anderen Frage und den daraus resultierenden Schlüssen gelten.

Der Bundestag ist kein Spiegel der deutschen Bevölkerung. Das ist offensichtlich. Ein Spiegel ist er dennoch, ein Spiegel deutscher Ängste, deutscher Erwartungen und eines deutschen Gesellschafts-

verständnisses, welches der Wähler durch seine Entscheidung offenbart und der einem einen tiefen, schonungslosen Blick auf das innere Wesen, wenn man so will „die deutsche Seele“, eröffnet.

**Der Deutsche wählt Juristen.
Des Deutschen Vertreter ist
sein Strafanwalt.**

Nun gibt es zugegebenermaßen sicherlich den ein oder anderen Grund sich mit den Richtern und Anwälten der Nation gutzustellen. Man weiß ja schließlich nie unter welchen Umständen man das nächste Mal einem der Diener Justizars begegnet. Diese Erwägung alleine jedoch, scheint mir als Erklärung unzulänglich, um zu entschlüsseln, weshalb der deutsche Wähler alle vier Jahre auf Neue eine Legion aus Anwälten und Richtern nach Berlin entsendet, da während der Ausübung des Mandats kein Richter richtet und kein Anwalt verteidigt oder anklagt.

Der Grund liegt tiefer verborgen.

Es wirkt als plage den Deutschen vehement eine latente Angst, die er schwer für sich zu deuten versteht. Sie ist diffus, nicht wirklich zu fassen und doch kann er sich ihrer nie ganz entledigen. Es wirkt beinahe so, als habe Franz Kafka bereits 1914 in seinem Roman „Der Prozess“ den Bundesdeutschen Wähler vollständig durchdrungen und ihn darzustellen vermocht mit seiner schmerzenden Ohnmacht und seiner tiefen Verlorenheit gegenüber der Undurchsichtigkeit und Macht des Gesetzes.

Und wollte man einen Roman dem deutschen Wähler widmen, welcher Anfangs-

satz könnte sich besser eignen als:

„Jemand musste den deutschen Wähler verleumdet haben, denn ohne daß er etwas Böses getan hätte, wurde er eines Morgens verhaftet.“?

Höchstens Hunter S. Thompsons oft zitierten Satz aus dem genrebildenden Werk „Fear and Loathing in Las Vegas“ könnte es noch in die nähere Auswahl schaffen: „Ich habe meinen Anwaaaaalt bei mir!“

Nachwort:

Jenen Spielverderbern unter Euch, die meinen darauf hinweisen zu müssen, dass es möglicherweise nicht ganz abwegig sei die Gesetzgebung jenen Menschen anzuvertrauen, die sich professionell mit Gesetzeswerken auseinandersetzen, sei Eines ans Herz gelegt: Niemand hat Euch gefragt.

Von **Marvin Buhl**





Otto Wels am Rednerpult 1932 / AdsD Friedrich-Ebert-Stiftung

Freiheit und Leben kann man uns nehmen – die Ehre nicht!

Auch nach all der Zeit noch immer eindrucksvolle Worte. Und zur Zeit ihrer Äußerung alles andere als eine leere Phrase. Gesprochen hat sie Otto Wels am 24. März 1933 im Angesichte des beginnenden NS-Terrors in seiner Reichstagsrede gegen das Ermächtigungsgesetz.

Doch wer war dieser Mann? Geboren wurde Otto Wels 15.09.1873 in Berlin. Er wuchs im zwei Jahre zuvor gegründeten Deutschen Reich in einer Zeit auf, als die Sozialdemokratie unter der staatlichen Verfolgung und Unterdrückung durch die bismarckschen Sozialistengesetze litt. Hier besuchte er bis 1891 die Volksschule und absolvierte eine Ausbildung zum Tapezierer. In diesem Jahr trat er auch in die SPD ein.

Später besuchte er die Parteschule der SPD und begann 1907 als Parteisekretär in Brandenburg und für die Parteizeitung „Vorwärts“ zu arbeiten. 1912 zog er für den Brandenburgischen Wahlkreis Calau-Luckau in den Reichstag ein; im folgenden Jahr wurde er Mitglied im Parteivorstand.

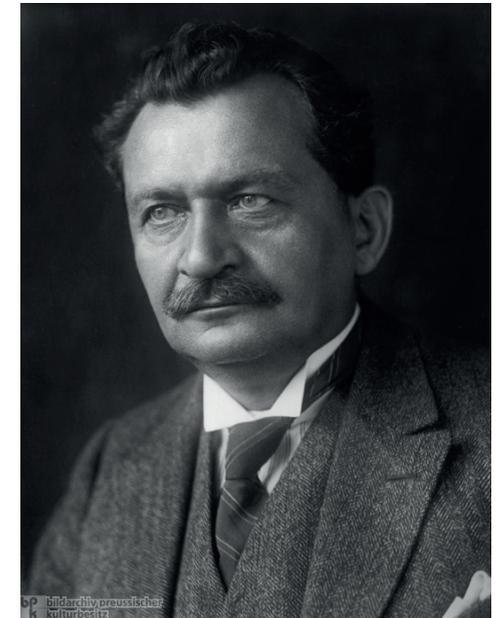
Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs engagierte Wels sich in Berlin und war dort zeitweise Stadtkommandant. Im Folgenden bereitete er die verfassungsge-

bende Nationalversammlung mit vor, zu deren Mitglied er 1919 gewählt wurde. Im selben Jahr wurde er auch Parteivorsitzender der SPD. Dem Reichstag gehörte er während der gesamten Weimarer Republik an, so auch dem letzten mehr oder minder frei gewählten im Jahr 1933. Bereits im Wahlkampf war die SPD massiven Repressalien ausgesetzt, vor denen auch Wels zeitweise in das österreichische Salzburg floh, jedoch Anfang März nach Berlin zurückkehrte. Hier ließ er es sich am 24. März auch nicht nehmen selbst in der letzten freien Rede im Reichstag die Ablehnung der SPD als einziger Partei zum Ermächtigungsgesetz zu begründen. Er tat dies mit eindrucksvollen Worten, war sich jedoch auch den Folgen der NS-Herrschaft für seine Partei bewusst:

„Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Vor eben jener Verfolgung und Bedrängung musste auch Otto Wels bald darauf aus Deutschland fliehen, wo er erst aus Prag, später aus Paris den Widerstand der Exil-SPD mit leitete. Dort verstarb er 1939, kurz vor der Besetzung Frankreichs durch die Wehrmacht. Vielen seiner Fraktions- und Parteikollegen gelang diese Flucht nicht; sie konnten oder wollten Deutschland nicht verlassen und litten unter dem Terror des Dritten Reichs; nicht wenige kamen dabei zu Tode.

Von **Kjell Drögenmüller**



bpk / Willy R"mer

Weitere Zitate von Otto Wels:

„Es wäre ein hoffnungsloses Unternehmen, wenn man das Leben der Organisation durch Preisgabe der Idee zu erkaufen versuchte. Ist die Idee preisgegeben, dann stirbt auch die Organisation. Aber wird die Organisation durch Kräfte von außen zerschlagen, dann bleibt immer noch in Millionen Köpfen und Herzen die Idee, und sie sichert auch die Wiedergeburt der Organisation.“ (auf der Reichskonferenz der SPD am 26.04.1933)

„Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“ (Reichstagsrede vom 24. März 1933)

„Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll.“ (Reichstagsrede vom 24. März 1933)





Political Movies reviewed: Wag the Dog - Wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt

In Zeiten von Trump, AfD und Sozialen Netzwerken

Es gibt Filme, die man in seinen Jugendjahren schaut und die einem die Augen öffnen, die das Bewusstsein für gesellschaftliche Probleme schärfen und einem die Welt mit ihrem wilden, teils verwirrenden Treiben aus einem Blickwinkel zeigen, den man fortan nicht zu vergessen in der Lage ist.

Manch einer dieser Filme verliert im Laufe der Zeit seine Magie; geschuldet den Lebenserfahrungen, die man sammelt, gesellschaftlichen Entwicklungen oder sonstigem Fortschritt, der sich als altbekannter Zahn der Zeit materialisiert. Man schaut ihn einige Jahre später und fragt sich, weshalb man einst so begeistert davon war und schiebt es im Zweifelsfall auf die Torheit der Jugend. Eine Jugendsünde wie Latzhosen oder Vokuhilas.

Wag the Dog schien mir, als ich auf den Playbutton des Streamingdienstes meines Vertrauens klickte, großes Potenzial



zu besitzen in eben jene Kategorie zu rutschen. Ein Relikt vergangener Zeiten. Angestaubt und von einer Realität überholt, die einen orangenen Narzissten mit soziopathischer Persönlichkeitsakzentuierung als Präsident der Vereinigten Staaten kennt.

97 urkomische, extrem unterhaltsame Minuten später war die Sorge einen weiteren Liebling aus Jugendzeiten auf dem Abstellgleis der Zeit zurückzulassen, in wohlgefälligen Staub zerfallen.

Wag the Dog ist und bleibt auf absehbare Zeit ein Muss für jeden, der sich kritisch mit Politik, den Medien oder der Gesellschaft auseinandersetzen oder sich einfach köstlich amüsieren und unterhalten lassen will.

Worum geht's?

Der Präsident der vereinigten Staaten hat ein ernsthaftes Problem. Zwei Wochen vor seiner beinahe sicher geglaubten Wiederwahl tauchen schwere Vorwürfe gegen ihn auf. Eine minderjährige Schülerin behauptet von ihm sexuell belästigt worden zu sein. Ein politisches Todesurteil. Erst recht in den USA, dem Land der Doppelmoral und unbegrenzter Prüderie.

Um sich dem drohenden Super Gau zu entziehen engagiert der Präsident den einzigen Mann, der ihm noch zu helfen vermag: Conrad Bean, der den aussagekräftigen Spitznamen „Mr. Fix-it“ trägt. Der professionelle Problemlöser sieht angesichts des kolossalen Ausmaßes des Eklats nur eine Möglichkeit, um die Auf-

merksamkeit der Presse von den Fehlritten des Präsidenten abzulenken. Er erfindet einen Krieg.

Mit der Unterstützung des mächtigen Filmproduzenten Stanley Motss, inszeniert er im Studio Augenzeugenberichte und vermeintlich schockierende Bilder aus dem Kriegsgebiet, die erste Früchte tragen und den Belästigungsskandal von den Titelseiten der Zeitungen verdrängen. Es folgt ein irres Spiel zwischen den Medien, den Geheimdiensten, dem politischen Kontrahenten und dem kreativen Team um Bean und Motss vor den Augen eines Volks, das alles mit ansieht und doch nicht annähernd begreift, welchem Schauspiel sie dort beiwohnen.

1997, sechs Jahre bevor Donald Rumsfeld mit gefälschten Beweisen den UN-Sicherheitsrat von der Notwendigkeit eines Krieges gegen den Irak überzeugte, knapp 20 Jahre bevor Donald Trump mit seiner eigentümlichen Auslegung von Wahrheit neue Maßstäbe in der Wahrnehmung von Realität setzte, erschuf Barry Levinson diese schwarze Satire, die so viele Probleme, denen wir in den vergangenen Jahren ausgesetzt waren, vorweggreift und heute aktueller denn je erscheint.

Ein prominent besetzter Cast um Robert De Niro (Conrad Bean), Dustin Hoffmann (Stanley Motss), Woody Harrelson und einer Reihe weiterer renommierter Hollywood-Stars ist die Freude am Spiel in nahezu jeder Szene anzusehen und lockert damit selbst die wenigen schwächeren Szenen im Verlauf der Geschichte derart auf, dass auch sie noch einen Genuss darstellen.

Der Zuschauer wird zwangsläufig mit der Kantschen Frage konfrontiert: „Was kann ich wissen?“

Die Medien gestalten unsere Vorstellung von der Realität. Wir sehen in den Nachrichten Bilder aus Regionen der Welt, die wir womöglich nie mit eigenen Augen sehen werden und gehen grundsätzlich erst einmal davon aus, dass die uns vorgelegten Bilder die Realität vor Ort abbilden. Wir stattdessen die Medien mit einem Vertrauensvorschuss aus, dass sie ihrem Berufsethos folgend, uns die Welt so real wie möglich in unser Wohnzimmer liefern. Was aber, wenn auch der moralisch integre Journalist getäuscht wird und uns dort Propaganda empfängt, wo wir die Wahrheit zu finden versuchten? Wie wird man sich bewusst, wenn man systematisch durch Bilder manipuliert wird ohne sich in verschwörungstheoretischen Irrgärten zu verlieren?

Nun haben sich in den letzten Jahren, nicht zuletzt durch den Siegeszug des Internets, zunehmend Gruppierungen gebildet, in denen es en vogue zu sein scheint die deutsche Medienlandschaft als Lügenpresse zu verunglimpfen und sich eine selektive Wahrheit zu erstellen, bestehend aus Nachrichten und Lügen, die das eigene Weltbild untermauern. Dies lässt sich gewiss auch auf eine Verunsicherung zurückführen, die aus der Ohnmacht entspringt sich nicht absolut sicher sein zu können, eine Information als wahr zu klassifizieren. Die Wahrheit scheint beliebig. Wahr ist, was ich als wahr zu akzeptieren bereit bin. Wag the Dog thematisiert all das ohne es je beim Namen nennen zu müssen.

Vielleicht spielt in meine begeisterte Kri-





tik des Film aber auch einfach nur die Sehnsucht nach einer Zeit hinein, in der ein amerikanischer Präsident, um sein Volk hinter's Licht zu führen noch einen großen finanziellen Aufwand betreiben, Filmstudios beschäftigen und eine schlüssige Geschichte erfinden musste, statt einfach absurde, leicht widerlegbare Behauptungen über seinen Twitter-Account in die Welt zu streuen, erfüllt von einer erschütternden Gleichgültigkeit bei der Frage, ob er leicht der Lüge überführt werden kann, solange er damit nur eine

alternative Realität in die Welt setzt, die der für sich wahr heißt, der sie als wahr betrachten will.

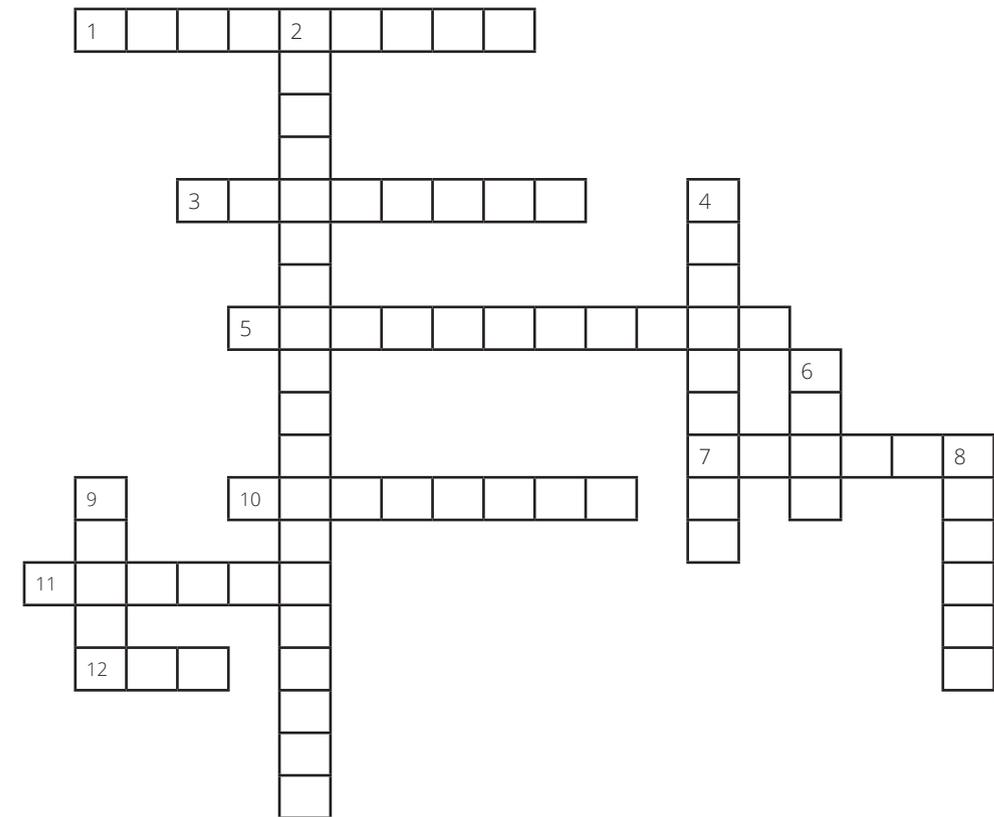
Conrad Bean:

Wer wird das herausfinden? Das amerikanische Volk? Was hat man über den Golfkrieg erfahren? Ein Video von einer Bombe. Die fällt in einen Schornstein und ein Gebäude geht in die Luft. Das hätte auch aus Lego sein können.

Von **Marvin Buhl**

4			9		1			3
		2				5		
	4	1		6		8	5	
				4				
3	2						7	4
			3		7			
2		7				3		8
6			4	2	5			9

Rätselseite



Vertikal

- 2 Das S in der SPD
- 4 Wer wohnt in ner Ananas ganz tief im Meer?
- 6 Autor des „Kapitals“ (Karl ...)
- 8 Nachname der SPD-Fraktionsvorsitzenden
- 9 Bürgerlicher Name von Willy Brandt (Herbert Ernst Karl ...)

Horizontal

- 1 Heimatstadt des SPD-Bundespartei-vorsitzenden
- 3 Politisches Chaos
- 5 Mitgliedsstaat der EU
- 7 Hauptschadt der BRD
- 10 Brüder zur Sonne, zur ...
- 11 Sitz im Bundestag
- 12 Abkürzung für „Mitglied des Bundestags“

Von **Rika Stauber**





Was ist Populismus?

Eine stilistische Definition & Kurzanalyse

Es scheint, als ob politische Berichterstattung in den letzten Jahren nicht ohne den Begriff des Populismus auskommt. Von allen Seiten, links bis rechts, reich bis arm, auf allen Kontinenten, in allen Nationen sind sogenannte Populisten auf dem Vormarsch. Im politischen Mainstream ist der Populismus ein negativ besetzter Begriff. Eine Art Brandmarke, mit der vermeintlich extreme Parteien vom ernsthaften politischen Diskurs ferngehalten werden.

Doch wer sagt eigentlich was populistisch ist und was nicht? Im letzten Bundestagswahlkampf wurden einzelne Forderungen jeder Partei von verschiedenen Seiten als angeblich populistisch diskreditiert. Die inflationäre Nutzung des Begriffs sorgt für eine schwache Wirkung. Einem Populisten zu folgen ist für breite Teile der europäischen oder amerikanischen Bevölkerung lange kein Ausschlusskriterium bei einer Wahlentscheidung – im Gegenteil.

Wo ist denn die Grenze zwischen Populismus und „seriöser“ Politik? Könnte man nicht jeden politischen Akteur des Populismus bezichtigen, der populäre Politikangebote unterbreitet oder den Menschen angeblich nach dem Mund redet? Nach der lateinischen Herkunft des Begriffs (Populus = „Volk“) könnte man auch in einem demokratischen Sinne meinen, dass Politik, die von einer Mehrheit des Volkes getragen wird, populistisch sei. Ist Populismus dann überhaupt etwas Schlimmes?

Eine mögliche Definition

Tatsächlich haben die Meisten sicherlich eine eigene, gefühlte Antwort auf diese Fragen. Es ist gewissermaßen anerkannt, dass Populismus die Unterbreitung vermeintlich einfacher Lösungen für komplexe und vielschichtige Themen, in einer immer komplexer und vielschichtiger werdenden Welt darstellt. Doch ganz so einfach ist es dann eben doch wieder nicht. Eine simple Lösung muss nicht direkt populistisch sein, nur weil sie nachvollziehbarer und eventuell beliebter ist. Natürlich gibt es hin und wieder ebenso einfache Lösungen, die nicht zwingend populistisch sind!

Auch in der Sozialwissenschaft gibt es keinen unmittelbaren Konsens, wie Populismus denn zu definieren sei. Zum Beispiel wurden lange Zeit die sozialistischen Massenbewegungen der 1970er bis 1990er Jahre in Südamerika für Definitionen bemüht, deren Auswirkungen gerade in diesen Tagen schreckliche Spätauswirkungen in Venezuela zeigen. Es gibt Theorien, die Populismus als eine Ideologie verstehen oder zwischen links- und rechtsmotiviertem Populismus unterscheiden. Wiederum andere Vertreter definieren den modernen Populismus auf einer medialen Ebene. Die jüngsten Entwicklungen in Europa und den USA können auch als eine eigene Art des Populismus angesehen werden.

Eine interessante und moderne Möglichkeit ist der Ansatz, Populismus als einen politischen Stil zu begreifen. Anhand der Analyse rhetorischer Mittel nach bestimmten Kategorien und sich wiederholenden Mustern, ergibt sich ein Raster, mit dem man ziemlich eindeutig

Populismus benennen kann. Dabei zielen diese Kategorien bewusst nicht auf Inhalte, sondern explizit auf die Rhetorik der Redner. Ein großer Vorteil ist die Unabhängigkeit von herkömmlichen gängigen Dimensionen, die politische Strömungen kategorisieren. Das Lagerdenken, die Art und Weise der Organisation oder die Komplexität von Lösungen spielen eine untergeordnete Rolle.

In einem 2014 veröffentlichten Paper haben Benjamin Moffit und Simon Tormey einen solchen stilistischen Ansatz konkretisiert. Sie definieren bei der Analyse der Rhetorik vermeintlicher Populisten nach drei Kategorien:

1. Die Sprache richtet sich an das Volk, bzw. an uns hier unten (engl. ‚the people‘, im deutschen hat „das Volk“ historisch bedingt eine gesonderte Bedeutung). Insbesondere kennzeichnend durch die Abgrenzung zu den Eliten, dem Staat, dem System, bzw. dem Establishment;
2. Es wird eine Bedrohung konstruiert, eine Krise vorhergesagt, bzw. auf Ängste angespielt; Die letzte Kategorie ist etwas vage, aber dennoch einleuchtend. Schlechte Manieren, die Ablehnung von Political Correctness und das Schimpfen auf andere Politiker oder gesellschaftliche Gruppen sind weitere Zeichen für den populistischen Stil

Analyse der Rhetorik

Ein Beispiel für den populistischen Stil gibt uns Frauke Petry in einer europapolitischen Rede auf der ENF-Konferenz (Europe of Nations and Freedom, Fraktion im EU-Parlament) in Koblenz vom Janu-

ar 2017. In dieser Rede existieren direkt mehrere Passagen, die in rhetorischer Hinsicht die beschriebenen Kriterien erfüllen. Es folgen einige kommentierte Auszüge.

Frauke Petry (21.01.2017, Koblenz): *„Und heute? Was tun die sogenannten Demokraten, die sogenannten Eliten und etablierten Politiker mit diesem so wertvollen Erbe [Europäische Rechts- und Werteordnung]? Wir erleben die gegenteilige Tendenz. Die Freiheit des Individuums, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, sie sind bedroht wie seit realsozialistischen Tagen nicht mehr.“*

Petry wirft dem Establishment vor, die europäische Rechts- und Werteordnung, die laut ihrer Herleitung ihren Ursprung im antiken Rom hat, zu verwerfen. Sie konstruiert eine Bedrohung für das einfache Volk. Die da Oben (EU + Regierungen) bedrohen die freiheitliche Ordnung mindestens so stark, wie die Regime des Warschauer Pakts zu Zeiten des Kalten Krieges.

Petry: *„[...] und während Hunderttausende, Millionen, meist analphabetische junge Männer aus einer fernen und in Teilen gewalttätigen Kultur unseren Kontinent invadieren, predigen Politik und viele Medien in einem fort Willkommen und Toleranz.“*

Sie spitzt die Lage in einem späteren Auszug noch deutlich zu. Millionen ungebildete, gewalttätige junge Männer unterwandern den Kontinent, begünstigt durch die Politik und Öffentlichkeit Europas.

Während hier eine endzeitliche Bedrohung skizziert wird ist auch wieder eine klare Abgrenzung zwischen Establishment und dem Volk gegeben.





Olaf Kosinsky / kosinsky.eu

bedient. Diese können auch vorgeworfen werden und müssen nicht immer unbedingt von der Rednerin ausgehen.

Selbst nach dieser zugegeben sehr kurzen und oberflächlichen Analyse deutet sich ein klar populistischer Redestil an. Die Definitionskriterien werden in wenigen Sekunden der 25 minütigen Rede bereits erfüllt. Begreift man Populismus als einen Stil, ist Frauke Petry definitiv eine Populistin.

Von **Jandrik Meichsner**

Petry: „Europa hat nie lange eine Vormacht geduldet. Weder das napoleonische Frankreich, noch Nazideutschland, noch Soviet-Russland und es wird auch die Europäische Union, so Gott will, nicht länger dulden.“

Die ultimative Bedrohung durch die Institution EU. Nur Gott kann noch helfen.

Petry: „Meine Damen und Herren, entlarven wir Sie doch, denn im Grunde ist es doch wie folgt: Die Ideologen einer sozialistischen Harmonisierung, die bei Frau Merkel wohl offenbar, leider im Sozialismus, der Gott sei Dank untergegangenen DDR steht, sie wollen nicht, dass ihre staatlichen Betreuungsobjekte selbstbestimmt handeln.“

Neben den anderen Kriterien werden insbesondere die schlechten Manieren

Wer sind die Jusos und was machen die so?

Die SPD dürfte jede*r kennen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Eine der beiden großen Volksparteien in Deutschland, irgendwie linker als die CDU.

Aber wer sind die Jusos?

Die Jungsozialist*innen (Jusos) sind die Jugendorganisation der SPD.

Wir Jusos sind alle Mitglieder der SPD unter 35 Jahren und ein paar mehr. Wir machen linke Politik und bemühen uns um eine gerechte solidarische Gesellschaft. Wir heißen Flüchtlinge auch dann noch willkommen, wenn die AfD stärker wird. Die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren fordern wir schon lange.

Außerdem wünschen wir uns ein Steuersystem, das die Kluft zwischen Arm und Reich kleiner werden lässt und nicht weiter öffnet. Das sind natürlich nur einige Themen, die uns beschäftigen. Wir sehen

uns auch in der Rolle, der Mutterpartei bei bestimmten Ideen auf die Sprünge zu helfen. Wir pflegen ein kritisches und solidarisches Verhältnis zur SPD. Unser Landesvorsitzender Niclas erklärt euch in seinem Artikel auf Seite ? wie gut uns das beim Programm für die Landtagswahl gelungen ist.

Als Jusos Rendsburg-Eckernförde organisieren wir zahlreichen Veranstaltung mit Abgeordneten, Gewerkschafter*innen oder anderen Vertreter*innen aus unterschiedlichen Lebensbereichen.

Neben der Arbeit im Kreis, arbeiten wir auch mit anderen Kreisen zusammen oder machen bei landesweite und bundesweite Veranstaltungen mit. Wer also gerne durch Deutschland reist, ist bei den Jusos gut aufgehoben.





Veranstaltungstipp:

„Pizza und Politik“

am 19.01.2018

um 19.30 Uhr

Kanzleistraße 1, Rendsburg

Herausgeber:

Juso-Kreisverband
Rendsburg-Eckernförde
Lennart Wulf (V.i.S.d.P.)
Nienstadtstraße 10
24768 Rendsburg

Redaktion:

Lennart Wulf
(stachel@jusos-rd-eck.org)

Layout:

Simon Bull
(simon.bull@outlook.com)

Auflage:

2000

Druck:

Schreiber Druck
Feldstraße 7, 24105 Kiel

Bildnachweis:

Seite 12:
Universum Film
Seite 13:
Warner Bros.,
Paramount Pictures, Universal,
Oliver Stone
Seite 19:
Manuel Bendig/pixelio.de